

Pressekonferenz, 14. Februar 2013

Umfrage des IfD Allensbach

**Was ist gerecht?**

**Das Stimmungsbild in Deutschland vor  
der Wahl**

Statement

Hubertus Pellengahr  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

was denken die Deutschen über soziale Gerechtigkeit? Wie definieren sie, was gerecht ist und für wie gerecht halten sie das Land in dem wir leben?

Um dies herauszufinden, haben wir diese Umfrage bei Allensbach in Auftrag gegeben. Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren im Dezember 2012 und im Januar 2013. Die Untersuchung erfolgte in über 3.000 Einzelinterviews.

Die Umfrage zeigt, dass die deutsche Bevölkerung ein sehr differenziertes Bild von Gerechtigkeit hat. Den Menschen geht es weniger darum, dass Vermögen und Einkommen gleich verteilt sind, so wie es uns häufig von der Politik suggeriert wird. Nein, der Gerechtigkeitsbegriff der Bevölkerung ist wesentlich weiter gefasst, er schließt die Chancengerechtigkeit genauso ein, wie die Leistungsgerechtigkeit und die Generationengerechtigkeit.

Das zentrale Ergebnis unserer Umfrage: für 90 Prozent der Bevölkerung ist soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft dann erfüllt, wenn alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten. Und dies ist nicht nur die Meinung der deutschen Bevölkerung, sondern es ist auch das wesentliche Grundversprechen der Sozialen Marktwirtschaft: Sie gibt allen Menschen gleichermaßen die Chance auf ökonomischen Erfolg und Aufstieg. Weder die soziale Herkunft noch staatlicher Dirigismus sollen über die wirtschaftlichen Ergebnisse entscheiden, sondern die eigenen Fähigkeiten und Leistungen, die jeder in einem fairen Wettbewerbsprozess entwickeln und einbringen kann. Die Bildung spielt dabei die zentrale Rolle, sie ist die Eintrittskarte in ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Erwerbs- und Berufsleben. Denn Bildungschancen sind Aufstiegschancen!

In einer Sozialen Marktwirtschaft ist es Aufgabe des Staates durch die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen für Gerechtigkeit zu sorgen. Dieses Prinzip

trifft auch bei der Mehrheit der Bevölkerung (65 Prozent) auf Zustimmung. 73 Prozent sind überzeugt, dass in erster Linie die Politik viel dazu beitragen kann, Gerechtigkeit voranzutreiben. Aber gerade hier stellen die Bürger der deutschen Politik ein schlechtes Zeugnis aus: Über die Hälfte der Befragten gibt an, dass sie die Realisierung der Chancengerechtigkeit sowohl im Bildungsbereich als auch am Arbeitsmarkt „weniger gut“, bzw. „gar nicht gut“ verwirklicht sehen.

Die Mehrheit der von den Forschern von Allensbach befragten Bürger hat eine relativ klare Vorstellung davon, was der Staat konkret tun könne, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. So wünschen sich die meisten neben effizienteren Maßnahmen, um Schüler im Bildungssystem besser auf den Beruf vorzubereiten, auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dem von der Regierung beschlossenen Betreuungsgeld erteilen sie allerdings eine deutliche Absage. Auch die Einführung einer Frauenquote hält die Mehrheit der Bürger für nicht zielführend, um die Chancengerechtigkeit nennenswert zu verbessern.

Ein weiteres Grundversprechen der Sozialen Marktwirtschaft besagt, dass nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit jeder in dem Maße vom gesellschaftlichen Wohlstand profitiert, in dem er dazu beiträgt. Und auch dies ist für die Mehrheit der Bürger in Deutschland, nämlich 80 Prozent, eine wesentliche Komponente der Gerechtigkeit: dass nämlich diejenigen, die mehr leisten, auch mehr verdienen. Diese Forderung schließt das Ziel ein, dass jeder, der einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht, von dieser auch leben können sollte. In unserer Gesellschaft soll jeder bestmöglich qualifiziert werden, um die Möglichkeit zu erhalten, seine persönlichen Fähigkeiten und Talente nutzen und einbringen zu können. In einem System, das wie die Soziale Marktwirtschaft auf Wettbewerb baut, wird es jedoch auch immer Menschen geben, deren Talente und Fähigkeiten nicht dazu ausreichen, um am Arbeitsmarkt ein ausreichend hohes Einkommen zu erzielen. Diese Menschen müssen von der Gesellschaft unterstützt werden.

Unsere Umfrage belegt das, was viele schon vorher vermutet haben: Das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft ist ambivalent. So glauben nach unserer Umfrage nur 43 Prozent, dass die Soziale Marktwirtschaft soziale Gerechtigkeit erst möglich macht. Wohingegen der Großteil der Befragten durchaus der Meinung ist, dass es gerecht ist, wenn soziale Differenzierung mit sozialem Ausgleich einhergeht – und genau dies leistet die Soziale Marktwirtschaft: nur 9 Prozent der Bevölkerung halten eine Gesellschaft für gerecht, in der es keine großen Einkommensunterschiede gibt. Auch die sozialen Sicherungssysteme werden nur dann als gerecht wahrgenommen, wenn sie sich am Leistungsprinzip orientieren.

Durch Steuern und Sozialabgaben nimmt der Staat jährlich Milliarden ein. Statt diesen erwirtschafteten Reichtum gleichmäßig zu verteilen, ist es seine Aufgabe, etwa durch eine effiziente Bildungspolitik die Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit zu schaffen und damit Hilfe zur Selbsthilfe zu gewährleisten. So kann verhindert werden, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich über ein erträgliches Maß hinaus vergrößert und eine leistungs- und innovationsfördernde Politik betrieben werden kann. Diese ist die Voraussetzung für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Parteien haben jetzt die Gelegenheit anhand ihrer politischen Arbeit bis zur Bundestagswahl in ihren Wahlprogrammen zu zeigen, dass sie diese klare Botschaft der Bürger verstanden haben.

Sehr herzlich bedanken möchte ich mich bei Frau Prof. Köcher – die der INSM stetig als exzellente und unabhängige Beraterin zur Seite steht – dass sie heute zu uns nach Berlin gekommen ist, um Ihnen die Studie persönlich vorzustellen.